

Malediven im Überblick

zusammengestellt von Peter Lanzet

Wirtschaft und Finanzen

Das Wirtschaftswachstum der Malediven lag 2016 bei 3,9 Prozent und bei 4,6 Prozent 2017, Tendenz schwankend. Die wichtigsten Wachstumsfaktoren sind der Tourismus und das Baugewerbe. Die Mehrzahl von Tourist(inn)en, die die Malediven besuchen, kommen aus China. Die Zuwächse im Baugewerbe sind vor allem auf den Bau einer neuen Stadt auf der Flughafeninsel Hulhumale zurückzuführen. Das Land muss 2017 ein Staatsdefizit von etwa 10 Prozent der Ausgaben finanzieren.

Die Maledivische Staatsbank sieht die gegenwärtige Auslandsverschuldung bei etwa 60 Prozent vom BIP (2017), mit steigender Tendenz. Das beratende IFW-Landesteam hat bei seinem Besuch im Juli 2017 vor einer möglichen Erhöhung der Auslandsverschuldung auf 120 Prozent vom BIP bis 2022 gewarnt. Gegenwärtig liegen die Projektionen noch bei rund 74 Prozent. Der Staatspräsident ist ein Verfechter produktiver und profitabler Verschuldung der jungen Generation (65 Prozent der Bevölkerung ist unter 18 Jahre alt) zu ihrem eigenen späteren Nutzen. Der innenpolitische Streit dreht sich um die Frage, welches schuldenfinanzierte Investitionsniveau zukunftsweisend ist oder an welchem Punkt der Staat über seine Verhältnisse lebt. Dahinter steht die Kritik weiter Kreise, auch über die politische Opposition hinaus, an der langfristigen Verpachtung nördlicher Inseln an maritime und touristische Stützpunktprojekte Saudi-Arabiens.

Cherie Blair als politische Beraterin

Tony und Cherie Blair (auch Cherie Booth) beraten ausländische Regenten. Die frühere Menschenrechtsanwältin Cherie Blair gründete im Jahr 2011 die Beratungsfirma *Omnia Strategy*, um „Regierungen, Unternehmen und private Kundschaft strategisch zu beraten“. *Omnia Strategy* verfügt über Büros in London und Washington. Aufgrund ihrer Rechtskonstruktion (Teilhaberschaft mit beschränkter Haftung) muss *Omnia Strategy* nur wenige Finanzdaten zum Geschäftsgebaren veröffentlichen. Das Wenige lässt den Schluss zu: Die Beratung ausländischer Regenten lohnt sich. Cherie Blair blickt auf sehr erfolgreiche Geschäftsjahre zurück. Laut der britischen Tageszeitung *The*

Telegraph vom 04. Dezember 2017 wies ihre Firma *Omnia Strategy* für das Geschäftsjahr bis Ende 2015 Barmittel in Höhe von 1,6 Millionen Pfund (1,82 Millionen Euro) auf; nach 263.000 Pfund im Geschäftsjahr 2014. Wer trägt zum Vermögen bei? Die Beratung von Abdulla Yameen, Präsident der Malediven, fand im Jahr 2015 zu einem Tagessatz von 2000 Pfund und einem Gesamthonorar von 420.000 Pfund für sechs Monate statt. Es gab wohl genügend zu tun: Abdulla Yameen wird beschuldigt, über 1700 Oppositionelle in Haft zu halten und den vormaligen Präsidenten Mohamed Nasheed im Jahr 2012 mit Waffengewalt aus dem Amt vertrieben zu haben. Noch im März 2015 hatte Cherie Blairs Anwaltskollege, Toby Cadman, sich an das Büro von Mohamed Nasheed gewandt und ebenfalls eine Beratung angeboten, um gegen einen politisch motivierten Schauprozess vorzugehen (Zitat aus dem *Independent* vom 18. Dezember 2015). Cherie Blairs Ehemann, Tony Blair, ließ sich übrigens die Beratung des kasachischen Regenten Nursultan Nazarbayev mit rund sieben Millionen Pfund pro Jahr vergüten.

Geopolitische Reaktionen auf die Maledivische Politik

Die Krise der Demokratie und des Rechtssystems in den Malediven war Gegenstand eines Treffens des indischen Außenministeriums Anfang November 2017, vertreten durch Staatssekretär S. Jaishankar, mit einem Team des US Außenministeriums, vertreten durch den US Botschafter für Sri Lanka und die Malediven, Atul Keshap. Die Besetzung des Parlaments durch die Armee wurde dabei als *disturbing and unfortunate* (beunruhigend und unglücklich) bezeichnet. Große Sorgen bereite auch die voraussichtliche Rückkehr von rund 200 Maledivischen IS-Terroristen, die sich in den vergangenen Jahren an den Kämpfen im Nahen Osten beteiligt hatten.

Die amerikanisch und indische Diplomatie stört sich der indischen Zeitung *The Hindu* zufolge besonders an der zunehmenden Enge der Beziehungen zwischen China und den Malediven. Die Chinesen unterstützen die Malediven durch den Bau einer Brücke zwischen der Hauptstadtinsel Male und der Flughafeninsel Hulhumale, auf der – ebenso mit chinesischer Hilfe – eine neue Stadt für 80.000 Menschen errichtet wird. Um

die Errichtung eines Hafenzustützpunktes für chinesische Handelsschiffe und Marine auf einer der südlichsten Inseln der Malediven ist es nach der abrupten Besuchsabsage des indischen Ministerpräsidenten Modi 2015 in Male als Reaktion auf diese Pläne still geworden.

Wahlkampf 2018

Im Jahr 2018 werden die nächsten Präsidentschaftswahlen stattfinden. Die Parteien bringen sich in Stellung. Die gegenwärtige Regierung hebt in ihrer Wählerkommunikation ihre Erfolge bei der Finanzierung einer Rekordmenge an Infrastrukturmaßnahmen, Schulen, Moscheen, der Befestigung von Inseln, der Schaffung von Tausenden von Arbeitsplätzen und anderes hervor. Oppositionelle Gruppen stellten Anfragen an verschiedene Ministerien auf der Basis des Gesetzes über die Informationsrechte der Bürger und der Auskunftspflicht des Staates. Obgleich eine Dreimonatsfrist für die Auskünfte im Gesetz vorgesehen ist, blieben die Auskunftersuchen seit einem Jahr unbeantwortet. Der Opposition geht es um die Verifizierung der Angaben der Regierung, die ihrer Ansicht nach den Informationsstand der Wählerschaft mit unrealistisch hohen Leistungsnachweisen manipuliert.

Der in den Malediven unvergessene, aber aufgrund politischer Verfolgung durch die gegenwärtige Regierung im Exil in Großbritannien lebende, ehemalige Präsident Mohammed Nasheed glaubt, laut einem Artikel in der New York Times vom Februar 2017, an die Möglichkeit, sich als Kandidat um die Präsidentschaft des Landes 2018 bewerben zu können. Die USA, Indien, Sri Lanka und Großbritannien hatten sich 2015 erfolgreich bemüht, dem im Gefängnis einsitzenden Nasheed zur Ausreise ins Exil zu verhelfen. Er war 2012 zum Rücktritt vom Präsidentenamt gezwungen und ein Jahr später unter der Präsidentschaft seines Nachfolgers zu 13 Jahren Haft verurteilt worden. In einem Verfahren, das die UN als nicht fair bezeichnen. Nasheed und seine *Maledives Democratic Party*, deren informeller Vorsitzender er weiterhin ist, hoffen auf die Intervention eben dieser Länder, damit er sich zur Wahl stellen kann. Die gegenwärtige Regierung verweist auf die Rechtslage, wonach ein rechtskräftig Verurteilter, selbst wenn er begnadigt worden ist, sich erst nach drei Jahren um ein hohes öffentliches Amt bewerben darf. Außerdem hat der regierende Präsident wichtige gesellschaftliche Gruppen durch eine Mischung von Zwang und Begünstigung in seine

Herrschaft eingebunden: die Verwaltung des Landes durch willfährige Neubesetzung der Leitungsstellen, die Medien durch neue Mediengesetze und Einschüchterung, die Vertreter der islamischen Religion durch eine erzkonservative Religionspolitik, die Wirtschaft durch die Direktvergabe öffentlicher Aufträge an Günstlinge statt allgemeiner Ausschreibungen samt neoliberaler Wirtschaftspolitik. Es wird Mohamed Nasheed und der Demokratischen Partei, selbst wenn er als Kandidat antreten dürfte, nicht leichtfallen, die Präsidentschaftswahlen 2018 für sich zu entscheiden.

Freihandelsabkommen mit China verabschiedet

Am 30. November bewilligte das Maledivische Parlament den Freihandelsvertrag des Landes mit China. Mit ihm sollen 95 Prozent aller Güter und Dienstleistungen (etwa in den Bereichen Finanzen, Tourismus und Gesundheit) zwischen den Ländern ohne Steuern und Quoten auskommen. Der Maledivische Präsident rechtfertigte den Vertrag mit den Vorteilen, die sich für die Maledivische Fischerei ergeben. Sie können ihre Produkte nun auf dem größten Markt der Welt steuerfrei anbieten. Die Europäische Union, die bis dato der größte Handelspartner der Malediven für die Fischereiprodukte war, erhebt Steuern, seit die Malediven nicht mehr zum Kreis der am wenigsten entwickelten Länder sondern zu den Ländern mit mittlerem Einkommen zählen. Die Regierung verweigerte Auskünfte zu der Frage, welche Verpflichtungen die Malediven mit diesem Freihandelsvertrag eingegangen sind.

Das Gesetz wurde in einer Dringlichkeitssitzung des Parlaments ohne Gegenstimmen von der Regierungspartei verabschiedet. Die Abgeordneten der Opposition mussten sich zum gleichen Zeitpunkt vor Gericht verantworten oder wurden über die Dringlichkeitssitzung per SMS informiert, nachdem die Sitzung begonnen hatte.

Die Demokratische Partei des Landes fürchtet die weitere Verstrickung des Landes in eine über die chinesischen Kooperationsangebote ausgelegte Schuldenfalle. Aufgrund der Nichtverfügbarkeit öffentlich zugänglicher Informationen über die Bedingungen des Vertrages wird vermutet, dass die chinesische Seite weiteren Druck auf die strategische Orientierung des Landes auszuüben vermag, um damit die geopolitische Lage im Indischen Ozean zu eigenen Gunsten zu verändern.

Mangroven gefährdet durch Flughafenbau

Auf den extrem nördlichen und südlichen Atollen Kulhudhuffushi und Dhigulaabadhoo bereitet die Regierung den Bau von Flughäfen vor, um den Tourismus zu fördern. Der Kulhudhuffushi-Flughafen wurde vom Präsidenten eingeweiht. Der Landverbrauch, aber vor allem die Zerstörung von Mangrovenhainen, hat jetzt Umweltschutzgruppen auf den Plan gerufen. Die Klage der NGO *Ecocare Maldives* (www.ecocare.mv) gegen das Umweltministerium ist von einem Zivilgericht angenommen worden.

Krise des Rechtsstaats und der Demokratie

Die Rechtslage auf den Malediven verschlechtert sich. Im September wurden die Zulassungslizenzen von 50 Anwalt(inn)en am Strafgerichtshof suspendiert, weil sie eine Petition gegen die Regierungshörigkeit der Richter vorgelegt hatten.

Am 18. Juli 2017 wurde das Mitglied der parlamentarischen Opposition, Faris Maumoon, festgenommen unter dem Vorwurf, andere Mitglieder des Parlaments bestochen zu haben, um eine Vertrauensabstimmung gegen den Sprecher des Parlaments, Abdulla Al-Masseh, zu gewinnen. Masseh gilt als enger Vertrauter des Präsidenten Abdullah Yameen. Die Maledivische Armee besetzte das Parlament und unterband das Votum. Ein Treffen der Oppositionspartei *Maledivan Democratic Party* am Abend wurde von der Polizei gewaltsam verhindert. 17 Beteiligte mussten sich in Krankenhäusern behandeln lassen. Sechs oppositionellen Volksvertretern wurde vom Parlament ihr Status als gewählte Volksvertreter aberkannt. Die Richter interpretieren die Rechtslage eigenwillig: Wenn ein Parlamentsmitglied, das seinen oder ihren Wahlkreis als Vertretung der Regierungspartei errungen hat, anschließend zu einer anderen Partei wechselt, annulliert das Parlament seinen oder ihren Abgeordnetenstatus. Das Rechtssystem und die Sicherheitskräfte des Landes haben ihre konstitutionell vorgesehene Unabhängigkeit weitgehend verloren, klagt Amnesty International. Auch gewählte Volksvertreter/-innen können nicht mit einem fairen Verfahren rechnen. Viele sind ins Exil geflohen, wie der frühere Präsident Nasheed, oder sind eingesperrt, wie der erwähnte Sohn eines früheren Präsidenten, Faris Maumoon, und viele andere.

Am 23.11.2017 wurde der Leiter der Nationalen Kommission für Integrität, Yoosuf Maniu Mohamed, von Präsident Abdullah Yameen aus seinem Amt entlassen. Seinem Vorgänger war ebenso ergangen. Yoosuf Maniu Mohamed hatte zuvor getwittert, er werde bei der Aufklärung von Klagen gegen die Polizei im Falle einer nicht kooperationsbereiten Polizeiführung die Härte des Gesetzes anwenden. Der Sprecher des Präsidentenamtes verwies auf das Präsidialsystem des Landes, das dem Präsidenten eine starke Stellung verleiht. Unter anderem habe der Präsident das Recht, die Leitung staatlicher Einrichtungen nach Gutdünken zu bestellen oder zu entlassen, und er sei dabei niemandem eine Erklärung schuldig.

COP23

Die Malediven leiten seit 2015 die „Vereinigung Kleiner Inselstaaten (*Assembly of Small Island States*; AOSIS)“. Ihr Botschafter bei den Vereinten Nationen, Ali Naseer Mohamed, sprach für AOSIS am 19.11.2017 in Bonn vor der Generalversammlung der COP23, der 23. Vertragsstaatenkonferenz (*Conference of Parties*) im Rahmen der Verhandlungen der UN-Klimawandelrahmenkonvention (UNFCCC). Mit Verweis auf die zunehmenden Tropenstürme forderte er die Teilnehmenden auf, ihre Rhetorik auf das Erreichen der Klimaziele abzustimmen. Es sei noch nicht zu spät, das Klima in diesem Jahrhundert bei einer Erwärmung von 1,5 Grad zu stoppen. Insgesamt jedoch war die Stimme der AOSIS und der Malediven auf der Konferenz kaum wahrnehmbar. Ein auffälliger Kontrast zur Weltklimakonferenz von 2009 in Kopenhagen, bei der der damalige Präsident der Malediven, Mohammad Nasheed, durch Koalitionsbildung wesentlich zu den ambitionierten Klimazielen und Selbstverpflichtungen der Vertragsstaaten beigetragen hatte. Der gegenwärtige Präsident der Malediven, Abdullah Yameen, hat an der COP23 gar nicht erst teilgenommen.

Möglicherweise hätte er sich kritischen Fragen stellen müssen, ob auf den Malediven der Klimawandel die einzige wesentliche Ursache für zerstörerische Schäden im Küstenbereich, an den Korallenriffen oder am Süßwasserzugang ist – oder wer sonst noch Raubbau betreibt. Es bleichen nicht nur Korallen aus, ganze Korallenriffe werden gesprengt, um einen schiffbaren Kanal zu schaffen. Dafür steht die „transformative Wirtschaftsagenda“ unter Präsident Abdulla Yameen (siehe Heft 3-2017).